

## Recht versus Demokratie?

Im Rahmen der diesjährigen Mitgliederversammlung des „kommunalpolitischen forums Land Brandenburg e. V.“ am 7. Dezember 2013 in Potsdam haben sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit dem Abschlussbericht der Enquete-Kommission 5/2 des Brandenburger Landtages auseinandergesetzt.

Grundlage der Diskussion war die durch den Verein beauftragte Ausarbeitung von Rechtsanwalt Dr. Bernfried Helmers zur Fortsetzung eines konstruktiven Dialoges im Land Brandenburg über die laufende Legislaturperiode hinaus.

Dr. Helmers machte in seinen Ausführungen darauf aufmerksam, dass der demografische Wandel nicht nur eine Herausforderung sondern auch eine Chance für neue Wege in den Kommunen bedeutet. In diesem Zusammenhang plädierte er für differenzierte flexible Lösungen in Abhängigkeit von den regionalen Bedingungen, die im Land sehr unterschiedlich vorzufinden sind.

“Das erfordert mehr Beweglichkeit des Gesetzgebers und die Bereitschaft, völlig neue, über das Korsett der heute geltenden rechtlichen Regelungen hinaus liegende Lösungen zu finden. Dabei sollten auch die historischen, wirtschaftlichen, geographischen und kulturellen Besonderheiten mehr beachtet werden.“

Die wiedergewählte Vorsitzende des Vereins, Margitta Mächtig, forderte die linken Kommunalvertreterinnen und Kommunalvertreter auf, die Ergebnisse der Enquete-Kommission und diesen weiterführenden Dialogansatz in den Regionen zu diskutieren und selbstständig regionale Handlungsvorschläge zu erarbeiten.

Mit Blick auf den neu zu wählenden Landtag, forderte Mächtig, die auch Mitglied des Landtages in der Fraktion Die LINKE ist, die Wiedereinsetzung eines Ausschusses zur Überprüfung der Normen und Standards, der die gesetzlichen Normen, aber auch die untergesetzlichen in Verordnungen und Rundschreiben verfassten Regelungen auf deren Praktikabilität in der kommunalen Wirklichkeit prüft.

“So müssen die rechtlichen Vorschriften ein MEHR an Demokratie vor Ort ermöglichen bzw. sichern.“

F.d.R. Steffen Friedrich

Geschäftsführer des „kommunalpolitischen forums Land Brandenburg e. V.“